

# ZURÜCK NACH EUROPA? – TSCHECHIEN UND DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION SEIT 1989

*Hubert Gehring/Laura Jung*

Seit fünf Jahren ist die Tschechische Republik Mitglied der Europäischen Union: Am 1. Mai 2004 wurde sie zusammen mit sieben anderen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Malta und Zypern in die EU aufgenommen.<sup>1</sup> Das Jahr 2009 stellt daher in zweifacher Hinsicht ein großes Jubiläum für die Tschechen und die anderen Mittel- und Osteuropäer dar: Zum einen jährt sich der Sturz des kommunistischen Regimes und damit die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum zwanzigsten Male, zum anderen bestand 1989 endlich die Chance, sich wieder Europa und der internationalen Gemeinschaft zuzuwenden. Dies war der Anlass zu großer Euphorie in der Region. Doch die Erwartungen an den Westen wurden während der EU-Assoziierungsverhandlungen bald von einer realistischeren Perspektive abgelöst. So dauerte es fünfzehn Jahre, bis alle Bedingungen für eine erfolgreiche Aufnahme in die EU erfüllt waren. In dieser Zeit mehrten sich in Tschechien kritische Stimmen, die im Beitritt zur Europäischen Union nicht nur positive Folgen sahen.

Auch nach dem EU-Beitritt haben Tschechiens Skeptiker immer wieder für Schlagzeilen und Verzögerungen im Integrationsprozess gesorgt. So war zu Beginn der tschechischen



Dr. Hubert Gehring ist Leiter der Außenstelle Prag der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie des Verbindungsbüros der Stiftung in Bratislava.



Laura Jung ist Studentin der Europäischen Studien (B.A.) an der Universität Passau und hat im letzten Jahr an der University of Sheffield studiert. Von Juli bis September 2009 absolvierte Frau Jung ein Praktikum an der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag.

1 | Um die Lesbarkeit des Textes zu verbessern, wird einheitlich von EU/Europäische Union gesprochen, obwohl zu bestimmten Zeitpunkten die EG/Europäische Gemeinschaft gemeint ist.

**Als die seinerzeitige Tschechoslowakei 1989 die Sowjetherrschaft überwand, schaute die Bevölkerung gen Westen. Doch zumal in der aus der Aufteilung des Landes 2002 hervorgegangenen Tschechischen Republik verflieg die West-Euphorie, Eurospektiker wie Václav Klaus verschafften sich lautstark Gehör. Was die Tschechen enttäuschte, waren der EU-Aufnahme- und Prüfungsprozess sowie der Verlust nationalhoheitlicher Kompetenzen. So war das Beitrittsjahr 2004 nicht für alle im Land ein Freudentag und so wurde auch die EU-Ratspräsidentschaft 2009, vor allem durch den zeitgleichen Sturz der Regierung, nur ein eingeschränkter Erfolg. Bis heute weigert sich Staatschef Klaus, den Lissabon-Vertrag zu unterzeichnen: Man sei nicht der Kontrolle der Moskauer Bürokratie entkommen, um sie durch eine „zivilisierte Version aus Brüssel zu ersetzen“. Doch der Präsident spricht nicht für alle, gerade junge Tschechen begrüßen Wirtschaftsaufschwung und Reisefreiheit. Prag sollte die Union konstruktiv mitgestalten. So könnte der Wunsch der Tschechen, nach Europa zurückzukehren, erfüllt werden.**

Ratspräsidentschaft Anfang 2009 nicht sicher, ob Abgeordnetenhaus und Senat den Vertrag von Lissabon ratifizieren würden. Obgleich dies schließlich vollzogen wurde, weigert sich der als EU-skeptisch bekannte Staatspräsident Václav Klaus bis heute, die Ratifizierung in Tschechien durch seine Unterschrift abzuschließen. Bei einem Irland-Besuch im November 2008 traf sich Klaus sogar mit dem Organisator der „No to Lisbon“-Kampagne, Declan Ganley, was bei den irischen Vertretern Empörung über die „unangebrachte Einmischung“ hervorrief.<sup>2</sup>

Die tschechische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 war mit großen Herausforderungen verbunden. Aufgrund der schwierigen innenpolitischen Situation in Tschechien äußerten Kritiker Bedenken, ob die tschechische Regierung der Aufgabe gewachsen sei.<sup>3</sup> Als der tschechische Premierminister Mirek Topolánek durch das bereits fünfte Misstrauensvotum während der laufenden Legislaturperiode am 24. März 2009 gestürzt wurde, bekam Tschechien endgültig den Ruf eines streitbaren EU-Partners.

Doch welche Haltung herrscht in Tschechien wirklich zur Europäischen Union? Wie sehen Politiker, Parteien und vor allem die Bürger die Integration ihres Landes in die Europäischen Strukturen? Was ist von der Europa-Euphorie der frühen neunziger Jahre geblieben? Ist das Phänomen des Euroskeptizismus repräsentativ für das gesamte Land? Ein Blick zurück, aber auch eine Analyse der aktuellen Situation sollen zur Klärung dieser Fragen beitragen.

## **DIE PHASE DER IDEALISIERUNG UND EUPHORIE (1989-1994) – TSCHECHIENS MOTIVE FÜR DEN EU-BEITRITT**

Betrachtet man die Aussagen der internationalen Presse im Jahr 2009, so tritt Tschechien vor allem aufgrund seiner euroskeptischen Aussagen von Staatspräsidenten Václav Klaus sowie mit Meldungen über den Sturz der Regierung

2 | Auf Nachfrage gab Klaus an, es hätte sich lediglich um einen „Privatbesuch“ gehandelt, der nicht in seiner Funktion als Staatspräsident erfolgt wäre.

3 | Sarkozy sprach in einem Interview von der Möglichkeit einer Wirtschaftsregierung, welche die französische Ratspräsidentschaft überdauern sollte, was in Tschechien große Empörung hervorrief.

während seiner EU-Ratspräsidentschaft in Erscheinung. Hierbei entsteht der Eindruck, die tschechische Elite sei überwiegend EU-skeptisch eingestellt. Aber war dies immer der Fall? Nach dem gewaltfreien Sturz des kommunistischen Regimes im November 1989 („Samtene Revolution“), der durch Massenproteste unter der Führung von Václav Havel eingeleitet wurde, herrschte in der damaligen Tschechoslowakei zunächst eine euphorische pro-europäische Haltung. Zwei Drittel der Tschechen hatten laut einer Umfrage des World Values Surveys 1991 ein sehr hohes Vertrauen in die Europäische Union.<sup>4</sup> Endlich hatte man die Chance zur „Rückkehr nach Europa“, von der Václav Havel und andere Vertreter der ehemaligen Oppositionsbewegung so lange geträumt hatten. Die Motive für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik waren vielfältig.

### **DIE KULTURELLEN UND IDEELLEN MOTIVE**

Die Tschechen haben sich auch während des Kommunismus immer als Mitteleuropäer gefühlt und die gemeinsamen europäischen Wurzeln betont. Auch wünschten sie sich politisch, geographisch und gefühlsmäßig aus dem Ostblock auszubrechen und sich an das wirtschaftlich attraktive und rechtlich stabile Europa anzugliedern. Es herrschte ein sehr selbstbewusstes Denken in Tschechien. Der Korrespondent des europäischen Netzwerkes für Osteuropaberichterstattung, Steffen Neumann, beschreibt die damalige Stimmung folgendermaßen: „Das allgemeine Credo war: Weg von den Russen, hin zu Europa und noch viel lieber zu Amerika. Der Westen war Vorbild für die freie Welt.“<sup>5</sup>

Während der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa hatten sich gerade die Tschechen zunehmend als „the kidnapped West“<sup>6</sup> empfunden, die allein durch historische Umstände von der Entwicklung Westeuropas ausgeschlossen worden waren. „Wir gehörten immer zu Europa.

**Während der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa hatten sich gerade die Tschechen zunehmend als „the kidnapped West“ empfunden, die allein durch historische Umstände von der Entwicklung Westeuropas ausgeschlossen worden waren.**

4 | Vgl. World Values Survey, *Czech Republic 1991* (Uppsala: Uppsala University Press, 1992). [http://www.jdsurvey.net/wvs/WVS\\_AnalizeQuestion.jsp](http://www.jdsurvey.net/wvs/WVS_AnalizeQuestion.jsp)

5 | Interview der Verfasser mit Steffen Neumann, Freier Journalist und Vorstandsmitglied von N-Ost, dem europäischen Netzwerk für Osteuropaberichterstattung, am 11.08.2009.

6 | Milan Kundera, „The Tragedy of Central Europe“, in: *The New York Review of Books*, 31 (1984), 7, S. 33-38.

Prag liegt westlicher als Wien, unter Karl IV. war Prag die Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches und in der Habsburger Monarchie war das Königreich Böhmen und Mähren ein kulturelles und industrielles Zentrum des mitteleuropäischen Kulturkreises“, gibt Robert Schuster zu bedenken.<sup>7</sup> Das oberste Ziel der Tschechen war es daher, die künstlichen Grenzen im gemeinsamen Kultur- und Identitätsraum Europa zu überbrücken, die nach dem Ende des 2. Weltkrieges durch die Spaltung Europas entstanden waren.

### **POLITISCHE MOTIVE**

Nach der Wende wollten die Reformer in der Tschechoslowakei eine umfassende Demokratisierung des Landes erreichen und von den stabilen Verhältnissen in Westeuropa profitieren. Die liberal-demokratische Tradition der ersten Republik (1918–1939) erleichterte die Transformation der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Der Schritt zurück zu politischen Entscheidungen nach demokratisch-parlamentarischen Prinzipien, Gewaltenteilung und einer Marktwirtschaft auf Basis des Privateigentums war für die Tschechen kein Weg ins Unbekannte. Der Beitritt zur Europäischen Union

**Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die EU als Symbol eines neuen Systems angesehen, das sprichwörtlich für Demokratie und politische Stabilität stand.**

solte die Konsolidierung des neuen Staatswesens endgültig absichern. Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die EU als Symbol eines neuen Systems angesehen, das sprichwörtlich für Demokratie und politische Stabilität stand. Die Übernahme des „acquis communautaire“ stell-

te dabei einen soliden und international kompatiblen Rechtsrahmen in Aussicht, der die neuen Systeme zukunftsfähig machen sollte. Ein weiterer wichtiger Grund für die Annäherung an den Westen war die Funktion der Europäischen Union als Stabilitätsgemeinschaft. Zwar betrachteten die tschechischen Eliten die NATO und die strategische Anbindung an die USA als primären Garanten der eigenen Sicherheit, aber die Rolle der Europäischen Union als Friedensgemeinschaft stellten selbst die überzeugtesten Atlantiker nicht in Frage.

### **WIRTSCHAFTLICHE MOTIVE**

Außerdem erhoffte sich die tschechoslowakische Führung wirtschaftlich von einem EU-Beitritt zu profitieren, um zu

7 | Vgl. Interview der Verfasser mit Robert Schuster, Chefredakteur der tschechischen Monatszeitschrift *Internationale Politik*, am 03.08.2009.

einem stabilen marktwirtschaftlichen System zurückzukehren. Vor allem in der Öffentlichkeit hatte sich das positive Bild der europäischen Wohlfahrtsgemeinschaft mit hohem Lebensstandard verankert und besaß bei der Neuorientierung in Richtung Europäische Union eine hohe Priorität. „Die Tschechen wollten zurück zu ihrem ehemaligen tschechoslowakischen Lebensstandard aus der Ersten Republik. Vor dem Kommunismus war die Tschechoslowakei ein reiches und industriell hoch entwickeltes Land. Das galt der Hauptgrund für den Beitritt zur Europäischen Union“, erklärt Jiří Kozák, Direktor der liberal-konservativen Akademie CEVRO.<sup>8</sup>

**Vor allem in der Öffentlichkeit hatte sich das positive Bild der europäischen Wohlfahrtsgemeinschaft mit hohem Lebensstandard verankert und besaß bei der Neuorientierung in Richtung Europäische Union eine hohe Priorität.**

Mit zunehmenden Verhandlungen über die notwendigen Schritte zur Transformation des Wirtschaftssystems und zur konkreten Ausgestaltung der Föderation kam es allerdings zwischen dem slowakischen und dem tschechischen Landesteil zu erheblichen Uneinigkeiten. Während der damalige tschechische Wirtschaftsminister und heutige Staatspräsident Václav Klaus eine wirtschaftsliberale Ausrichtung des Landes favorisierte, gab es in der Slowakei eine starke Autonomiebewegung, die in diesen und anderen Fragen eine Dominanz Prags strikt ablehnte. Nach erfolglosen Bemühungen, sich auf eine gemeinsame Verfassung zu einigen, kam es schließlich Ende des Jahres 1992 zu einer einvernehmlichen Trennung beider Landesteile.

Die Tschechische Republik sah sich im Hinblick auf die internationale Situation als Gewinner dieser Entwicklung, weil die politische Führung hoffte, die Integration in westliche Strukturen ohne die Slowakei wesentlich schneller verwirklichen zu können, zumal die Slowakei in der Folgezeit unter der Führung Vladimír Mečiar einen von Europa sehr kritisch beurteilten Kurs einschlug. Von den politischen und wirtschaftlichen Stärken des Landes überzeugt, glaubten die Tschechen, einen schnellen EU- und NATO-Beitritt noch vor den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern erreichen zu können. Das idealistische Motto „Zurück nach Europa“ macht deutlich, dass die damaligen Vorstellungen über die zu erreichenden Ziele noch wenig inhaltliche Ausprägung besa-

**Das idealistische Motto „Zurück nach Europa“ macht deutlich, dass die damaligen Vorstellungen über die zu erreichenden Ziele noch wenig inhaltliche Ausprägung besaßen.**

8 | Vgl. Interview der Verfasser mit Jiří Kozák, Direktor der liberal-konservativen Akademie CEVRO, am 31.07.2009.

Ben. Es war vor allem der Traum von einer besseren Zukunft, steigendem Wohlstand und demokratischen Freiheiten, der die Tschechen nach 1989 beeinflusste. Im Laufe der folgenden Jahre wurde einem Großteil der Bevölkerung bewusst, dass der Systemwandel und die daran anknüpfende Integration in den Westen schwieriger werden und länger dauern könnte, als anfangs erwartet.

### **ERSTE KRITISCHE STIMMEN UND ANSÄTZE VON EUROSKEPTIZISMUS (1995–2004) – DER HOLPRIGE WEG DER TSCHECHEN ZUR EU-MITGLIEDSCHAFT**

Nachdem sich die Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 für unabhängig erklärt hatte, wurde zwischen der Tschechischen Republik und der EU ein neues Assoziierungsabkommen verhandelt, das am 1. Februar 1995 in Kraft trat. Den offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stellte der tschechische Premierminister Václav Klaus am 23. Januar 1996. Die Beitrittsverhandlungen begannen im März 1998. Nachdem 77,3 Prozent der Tschechen (bei einer Wahlbeteiligung von 55,2 Prozent) im Juni 2003 für den Beitritt gestimmt hatten, konnte die Tschechische Republik der EU am 1. Mai 2004 beitreten. Der anspruchsvolle Assoziierungsprozess führte jedoch zu einem unsanften Erwachen der Tschechen aus ihren „Europa-Träumen“.

### **IDENTITÄTSFRAGEN**

Während man 1989 noch euphorisch die europäische Identität in den Vordergrund gestellt hatte und vor allem die gemeinsame Kultur betonte, entwickelte sich mit dem

**Während des Booms der tschechischen Wirtschaft, war der überwiegende Teil der politischen Elite nicht dazu bereit sich wieder in ein „großes Gebilde“ zu integrieren und eine vermeintlich drohende Fremdbestimmung zu akzeptieren.**

näher rückenden Beitrittstermin ein Diskurs, welcher die Gefährdung nationaler Identität betonte. Während des Booms der tschechischen Wirtschaft war der überwiegende Teil der politischen Elite nicht dazu bereit, sich wieder in ein „großes Gebilde“ zu integrieren und eine vermeintlich drohende Fremdbestimmung zu akzeptieren. Vor allem der damalige Premierminister Klaus und seine Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) instrumentalisierten diese Sorge in Wahlkämpfen. Mehrmals wiederholte Klaus die Metapher: „Sollen wir zulassen, dass sich unsere Identität und Souveränität in Europa auflöst, wie ein Stück Zucker in einer Tasse

Kaffee?“<sup>9</sup> Hierbei wurde allerdings nicht bedacht, dass gerade die Annäherung an und die Hilfe durch die europäischen Strukturen das Fundament für den wirtschaftlichen Boom boten. Da der Informationsstand der Bürger über die EU anfangs sehr gering war, zeigten sich viele Tschechen empfänglich für Kritik, die vor einer Fremdherrschaft Brüssels warnte. So nannten die Tschechen die ökonomischen Vorteile zwar als wichtigsten Aspekt des EU-Beitritts, befürchteten aber gleichzeitig einen möglichen Identitätsverlust.

## **SOUVERÄNITÄTSFRAGEN**

Der Weg zurück nach Europa brachte weitere Hürden mit sich: Um alle Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen, mussten die Tschechen den „acquis communautaire“ in tschechisches Recht umsetzen und sich den supranationalen Elementen der EU unterordnen; ein für Tschechien notwendiger, aber für viele Menschen im Lande schmerzhafter und Angst einflößender Prozess.

Die häufigen Souveränitätsverluste in der tschechischen Geschichte sind die Ursache für die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU: Angeführt werden können hierfür die fehlende Eigenständigkeit unter der Habsburger Monarchie, die Besetzung durch Deutschland und schließlich, nach dem Zweiten Weltkrieg, die Unterordnung unter die sowjetischen Strukturen des Warschauer Pakts. Manche EU-Kritiker innerhalb Tschechien erliegen der Versuchung, die EU als Fortsetzung dieser Reihe zu betrachten. Hierin zeigt sich eine gefährliche Tendenz, verleugnet sie doch die Tatsache, dass die Tschechische Republik im Gegensatz zu den genannten Fremdherrschaften frei über einen Beitritt in die EU entscheiden konnte und zudem in allen EU-Institutionen über klare Mitspracherechte verfügt. Trotzdem ist die Angst, als kleines Land erneut in einer großen Organisation „unterzugehen“ im Hinblick auf die tschechische Geschichte zu erklären. Das Resultat ist Vorsichtigkeit, ein bewusster Abstand zu „großen“ politischen Programmen, die Neigung zu hartem Pragmatismus und ein generelles Misstrauen gegen die kulturellen Dimensionen der Politik. Diese Haltung eines Teils

**Die häufigen Souveränitätsverluste in der tschechischen Geschichte sind die Ursache für die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU.**

9 | Der offizielle Fernsehspot der tschechischen Ratspräsidentschaft 2009 griff dieses Bild auf. Gezeigt wurde das Auflösen eines Zuckerwürfels in einer Kaffeetasche.

der tschechischen Bevölkerung und der politischen Elite erschwert nicht nur eine tiefgründige Loyalität zu den politischen Institutionen des eigenen Staates, sondern auch die Identifikation mit den Leitziele und dem Gründungsethos der Europäischen Union. Gerald Schubert, Chefredakteur von Radio Prag, sieht dies allerdings nicht als großes Hindernis: „Die sprichwörtliche und meiner Meinung nach gar nicht mal so vorhandene EU-Skepsis der Tschechen ist eine falsche Interpretation einer allgemeinen Politikskepsis. Ich glaube, die Tschechen sind allgemein mehr politikskeptisch als EU-skeptisch“.<sup>10</sup>

**Als Premierminister betonte Klaus, dass man nicht der Kontrolle von Moskaus Bürokratie entkommen sei, um sie durch eine „zivilisiertere Version aus Brüssel“ zu ersetzen.**

Als Premierminister betonte Klaus, dass man nicht der Kontrolle von Moskaus Bürokratie entkommen sei, um sie durch eine „zivilisiertere Version aus Brüssel“ zu ersetzen. Klaus fand mit seinem selbstbewussten Auftreten wieder-

um Zuspruch in großen Teilen der tschechischen Bevölkerung, die sich allgemein eine stärkere Vertretung der nationalen Interessen Tschechiens wünschte. Da die Bevölkerung meist nicht ausreichend informiert war und Klaus durch seine Verdienste in der tschechischen Politik über großes Ansehen verfügte, erhielt er die Funktion eines landesweiten Meinungsmachers. Mit seinem Auftreten förderte er eine kritische Einstellung in weniger informierten Teilen der Bevölkerung, die ihre Sorgen und Ängste durch Klaus bestätigt sahen. Alena Falathová vom europäischen Think-and-Action-Tank Europäische Werte betont hierzu: „Die Frage der Souveränität ist ein künstlich geschaffenes Thema von Klaus. Das Problem ist, dass die Leute nicht wirklich wissen, was die EU ist, was die Institutionen sind und welche Aufgaben sie haben. Wenn man nicht viel über die EU weiß, ist es einfach zu sagen: ‚Wir werden unsere Souveränität verlieren‘. Aber diejenigen, die wissen, wie die EU funktioniert, sagen: ‚Wir sind ein mittelgroßes Land und werden nie so viel Einfluss haben wie Deutschland. Wichtig ist, dass wir aktiv sind und uns als Partner zeigen, die fähig zu einem Kompromiss sind‘“.<sup>11</sup>

Zwar wurden auch positive Stimmen zum Europäischen Projekt laut, dies geschah aber weniger öffentlichkeitswirksam.

10 | Interview der Verfasser mit Gerald Schubert, Chefredakteur von Radio Prag, dem Auslandssender des tschechischen Rundfunks, am 30.07.09.

11 | Interview der Verfasser mit Alena Falathová, Projektmanagerin beim Think-and-Action-Tank Europäische Werte, am 30.07.2009.



So verkörperte Staatspräsident Václav Havel in Europafragen die gegensätzliche Position zu Klaus. Havel schürte nicht etwa die Angst vor dem europäischen Superstaat, sondern beklagte, dass die EU noch immer keine politische Union mit einer ausgearbeiteten, europäischen Verfassung sei, sondern eher einer Freihandelszone gleiche, die sich nur mit technischen Details beschäftige.<sup>12</sup>

### **ANGST VOR DEUTSCHER DOMINANZ UND EINER MITGLIEDSCHAFT ZWEITER KLASSE?**

Als weiteres Problem galt das ambivalente Verhältnis zu Deutschland, dem direkten Nachbarn und bevölkerungsreichsten Staat der EU. Einerseits war die deutsche Regierung der größte Befürworter eines schnellen EU-Beitritts Tschechiens und entwickelte sich in kürzester Zeit zum wichtigsten Handelspartner der jungen Republik. Andererseits befürchtete Tschechien einen Ausverkauf eigener Unternehmen, gerade an Deutschland. Vielleicht auch deshalb mahnten Kritiker in Tschechien, dass deutsche Vertreter versuchen würden, den Ablauf und die Art des Verhandlungsprozesses zu bestimmen.

**Einerseits war die deutsche Regierung der größte Befürworter eines schnellen EU-Beitritts Tschechiens und entwickelte sich in kürzester Zeit zum wichtigsten Handelspartner der jungen Republik. Andererseits befürchtete Tschechien einen Ausverkauf eigener Unternehmen, gerade an Deutschland.**

Eine zusätzliche Dynamik erhielt die tschechische Angst vor der deutscher Dominanz durch die deutsche Wiedervereinigung von 1990, welche erneut die Größen- und Machtunterschiede zwischen Tschechien und Deutschland verdeutlichte. Vor allem nachdem sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Teile spaltete und Tschechien mit elf Millionen Einwohnern „zurückblieb“, vergrößerte sich die Sorge, gegenüber dem deutschen Nachbarn einen zu geringen Gestaltungsspielraum zu besitzen.

Der tschechischen Regierung wurde im Laufe der Beitrittsverhandlungen klar, dass die Vorgaben der EU wenig Gestaltungsspielraum zuließen. Trotzdem lösten die jährlichen Berichte der Kommission regelmäßig Aufregung unter den Tschechen aus. Da sie anfänglich noch als aussichtsreichste Kandidaten für einen schnellen Beitritt gegolten hatten, rea-

12 | Vgl. Václav Havel, *Rede vor dem Europäischen Parlament*, Straßburg, den 08.03.1994. [http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=221\\_aj\\_projevy.html&typ=HTML](http://www.vaclavhavel.cz/showtrans.php?cat=projevy&val=221_aj_projevy.html&typ=HTML)

gierten sie im Prozess des „screenings“ empfindlich auf Kritik. Zudem fühlten sich die tschechischen Vertreter ungerecht behandelt, da die EU aus tschechischer Sicht selbst nicht in der Lage war, wichtige Reformen zu beschließen, die für eine weitere Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft nach der Erweiterung notwendig waren. Klaus konfrontierte den damaligen Erweiterungskommissar Hans van den Broek auf dem Weltwirtschaftsforum 1996 in Davos mit diesem Vorwurf, woraufhin dieser entgegnete: „It is not the EU who wants to join the Czech Republic but the other way around.“<sup>13</sup>

Gerade die Sonderregelungen, die in der Landwirtschafts- und Kohäsionspolitik sowie im Bereich der Dienstleistungsfreiheit getroffen wurden, empörten Tschechien sehr und lösten eine heftige Debatte über eine „Mitgliedschaft 2. Klasse“ aus. So sollten die neuen Mitgliedstaaten anfangs nur 25 Prozent der landwirtschaftlichen Subventionen der alten Mitgliedstaaten erhalten, und auch in der Struktur- und Kohäsionspolitik mussten Abstriche gemacht werden, um das EU-Budget nicht zu sprengen. Dies verstärkte die Einschätzung in Tschechien, als neues Mitglied benachteiligt zu werden, und führte zu dem unbedingten Willen, die eigenen Interessen zu verteidigen.

### **KEINE ALTERNATIVE ZUM BEITRITT?**

Während bei den Beitrittsverhandlungen nationale Interessen in den Vordergrund rückten, spielten die kulturellen Werte nur noch eine untergeordnete Rolle. Die zunehmenden Ängste vor den Folgen des Beitritts bereiteten einem Anti-EU-Diskurs Nährboden und führten dazu, dass die Zustimmung der tschechischen Bevölkerung in dem für Juni 2003 geplanten Referendum keineswegs sicher schien. In Umfragen der vorhergehenden Jahre sprachen sich nicht einmal mehr 50 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft aus (im September 2001 waren es sogar nur 46 Prozent).<sup>14</sup>

13 | Pavel Telicka und Karel Bartak, „The Accession of the Czech Republic to the EU“, in: George Vassiliou (Hrsg.), *The Accession Story. The EU from 15 to 25 Countries* (Oxford: Oxford University Press, 2007), S. 150.

14 | Vgl. European Commission (Hrsg.), *Applicant Countries Eurobarometer 2001. Public Opinion In The Countries Applying For European Union Membership. Results Summary* (Brüssel: Directorate-General Press and Communication, 2001), S. 2. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/cceb/2001/aceb20011\\_summary.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/cceb/2001/aceb20011_summary.pdf)

Der Rückgang der Unterstützung für den Beitritt hing neben den bereits genannten Befürchtungen zu einer Mitgliedschaft 2. Klasse auch mit der Eigenwahrnehmung der Verhandlungen zusammen. Statt wie erwartet als gleichberechtigter Partner eigene Positionen in die Verhandlungen einbringen zu können, durchlief Tschechien zusammen mit den neun anderen Kandidaten eine Überprüfung der Beitrittsfähigkeit anhand von 31 Verhandlungskapiteln und musste Vorgaben in zahlreichen Bereichen nationaler Politik hinnehmen. Mit zunehmender Dauer wurde dieses Verfahren in Tschechien als erniedrigendes „Diktat aus Brüssel“ kritisiert und die jährlichen Fortschrittsberichte als ungerecht und demotivierend zurückgewiesen – auch wenn diese schmerzhaften Reformschritte im Rahmen des Transformationsprozesses völlig unabhängig vom EU-Beitrittsprozess ohnehin notwendig geworden wären.<sup>15</sup>

**Der Rückgang der Unterstützung für den Beitritt hing neben den bereits genannten Befürchtungen zu einer Mitgliedschaft 2. Klasse auch mit der Eigenwahrnehmung der Verhandlungen zusammen.**

Durch diese Entwicklungen änderte sich auch die politische Rhetorik und der anfängliche Konsens brach auf. Die politisch Verantwortlichen reagierten auf die wachsende Unsicherheit der Bevölkerung mit Profilierungsversuchen, versuchten hart zu verhandeln und die nationalen Interessen zu verteidigen; Kompromissbereitschaft wurde hierbei als Schwäche und blinder Europa-Enthusiasmus ausgelegt.<sup>16</sup> Dadurch polarisierte sich die Parteienlandschaft entlang der Frage des EU-Beitritts, was zur Formierung antieuropäischer Parteien führte, auch wenn diese letztendlich nur eine marginale Rolle spielten.

## **DIE ZEIT NACH DEM EU-BEITRITT (2004–2009) – VOM KRITISCHEN ZUM DIFFERENZIIERTEN EUROPABILD?**

Die EU-Erweiterung ist als „glanzloser Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung“<sup>17</sup> bezeichnet worden und wurde dergestalt auch in Tschechien wahrgenommen. Die Normalität des EU-

15 | Vgl. Markus Mildener, „Die Europadebatte in Politik und Öffentlichkeit der ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenländer“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1 (2002), 2, S. 4.

16 | Vgl. Ebenda.

17 | Vgl. Barbara Lippert, „Glanzloser Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung: eine Bilanz der EU-Erweiterungspolitik 1989–2004“, in: Barbara Lippert (Hrsg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung* (Baden-Baden: Nomos, 2004) S. 13–74.

**Die Normalität des EU-Beitritts war unspektakulär und wurde von einem großen Teil der Bevölkerung positiv bewertet. Dies lag vor allem an den überzeugenden wirtschaftlichen Ergebnissen.**

Beitritts war unspektakulär und wurde von einem großen Teil der Bevölkerung positiv bewertet. Dies lag vor allem an den überzeugenden wirtschaftlichen Ergebnissen. In einer Umfrage des Eurobarometers vom Jahr 2007 ga-

ben 57 Prozent der Tschechen an, von den Vorteilen des europäischen Binnenmarktes überzeugt zu sein, und 62 Prozent sprachen von einem großen Vertrauen gegenüber der EU.<sup>18</sup>

Im politischen Sinne wurde Tschechien Teil einer größeren Europäischen Gemeinschaft, der sich neue Möglichkeiten eröffneten, Politik auf supranationaler Ebene zu gestalten. In diesem neuen Umfeld kam es darauf an konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten, Bündnisse zu schließen und eine mehrheitsfähige Politik zu formulieren bzw. sich an dieser zu beteiligen, wollte man als aus eigener Sicht „relativ kleines Land“ eine Rolle spielen. Dies fiel den tschechischen Vertretern in den europäischen Organisationen schwer, da es in der tschechischen Verwaltung gar nicht die Kapazitäten und das Know-how gab, um sich am europäischen Prozess in allen Bereichen aktiv zu beteiligen. Es dauerte eine Weile, bis Tschechien begann Vorschläge oder Ideen in die europapolitische Debatte einzubringen, da die Vorstellungen in den verschiedenen Parteien noch wenig ausdifferenziert waren.

## **DIE EU-VERFASSUNGSDEBATTE IN TSCHIECHIEN**

Im Rahmen der EU-Verfassungsdebatte wurde von Seiten tschechischer Politiker eine Reihe unterschiedlicher Vorstellungen geäußert. Schon die beiden bekanntesten Repräsen-

**Václav Klaus stand für den intergouvernementalen Ansatz, welcher den Nationalstaat als wichtigste Einheit der internationalen Beziehungen betont und Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene sowie eine EU-Verfassung strikt ablehnt.**

tanten der Tschechischen Republik vertraten entgegengesetzte Positionen: Václav Klaus stand für den intergouvernementalen Ansatz, welcher den Nationalstaat als wichtigste Einheit der internationalen Beziehungen betont und Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene sowie eine EU-Verfassung strikt ablehnt. Damit stellte er sich gegen eine weitere politische Eingliederung Tschechiens in die EU-Strukturen, um seiner Ansicht nach Tschechiens Souveränität nicht durch bürokratische, su-

derung Tschechiens in die EU-Strukturen, um seiner Ansicht nach Tschechiens Souveränität nicht durch bürokratische, su-

18 | Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.), *Eurobarometer 66* (Brüssel: Europäische Kommission, September 2007). [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb66/eb66\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_de.pdf)

pranationale Entscheidungen von oben her zu gefährden. Aus diesem Grund übte Klaus auch vehemente Kritik an den Verfassungsbemühungen der Mitgliedstaaten und weigerte sich, den Vertrag von Lissabon zu unterzeichnen, solange Möglichkeiten bestanden, den Prozess aufzuhalten. Petr Kaniok gibt zu bedenken: „Ich bin mir nicht sicher, ob Herr Klaus ein Euroskeptiker ist. In seinen Reden hat er lediglich eine andere Vision der EU, eine, die weniger supranational, weniger zentralistisch, weniger bürokratisch ist, und einem intergouvernementalen, rein ökonomischen Modell der Integration entspricht. Es ist alles eine Frage der Tiefe der Integration.“<sup>19</sup>

Václav Havel hingegen forderte schon früh eine föderale Struktur der Europäischen Union mit einer Verfassung zur Förderung und Stärkung sowohl der gemeinsamen Werte als auch der europäischen Zivilgesellschaft. In einer starken Europäischen Union sah er die beste Möglichkeit, die Gefahren des Nationalismus zu überwinden und die Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats auf europäischer Ebene zu stärken.

**Václav Havel hingegen forderte schon früh eine föderale Struktur der Europäischen Union mit einer Verfassung zur Förderung und Stärkung sowohl der gemeinsamen Werte als auch der europäischen Zivilgesellschaft.**

Auch innerhalb der Parteien entwickelten sich zwei unterschiedliche Lager. In Anlehnung an das Verhältnis der Parteien zum Nationalstaat kann von einem staatsnationalen und einem nationalföderativen Lager gesprochen werden.<sup>20</sup> Die staatsnationalen Kräfte, welche die Souveränität des Nationalstaates als essentiell ansehen und sich daher für ein zwischenstaatliches Modell der Europäischen Union im Sinne eines Europäischen Staatenbundes einsetzen, findet man in Tschechien bei den tendenziell euroskeptischen Parteien, also bei der von Václav Klaus gegründeten liberalkonservativen ODS (Demokratische Bürgerpartei) und den Anhängern der KSČM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens). Die nationalföderative Haltung akzeptiert hingegen die Stärkung der supranationalen Souveränitätsteilung und ist mehrheitlich für eine EU-Verfassung. Diese Haltung wird tendenziell von der ČSSD (Sozialdemokraten), der KDU-ČSL (Christdemokraten) und am stärksten von den Grünen vertreten. Auch

19 | Interview der Verfasser mit Petr Kaniok, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Europäische Studien, Masaryk Universität Brunn, am 10.08.2009.

20 | Vgl. Volker Weichsel, *Tschechien in Europa, Nationalpolitische Traditionen und integrationstheoretische Konzepte* (Berlin: Lit, 2007).

die neu gegründete Partei TOP 09 kann diesem Lager zugeordnet werden. Sie könnte aufgrund ihrer pro-europäischen Einstellung für enttäuschte ODS-Wähler eine attraktive Alternative darstellen.

Nach dem Scheitern des Verfassungsprojektes aufgrund der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden, erklärte sich die tschechische Regierung bereit, den neu ausgehandelten Lissabonner Vertrag zügig zu ratifizieren, auch wenn Topolánek diesen vielfach als „überflüssig“ bezeichnete. Nach dem Scheitern einer Verfassungsklage der ODS-Fraktion im Senat und der Zustimmung in beiden Parlamentskammern, die vorher lange nicht sicher schien, fehlte nur noch die Unterschrift des tschechischen Präsidenten Klaus, um das Ratifikationsverfahren offiziell abzuschließen. Klaus lehnt den Lissabon-Vertrag auch inhaltlich ab, da er in dem Dokument eine weitgehende Entmachtung der nationalen Regierung sieht und betont, dass er den Vertrag für eine „nutzlose und unnötige Erfindung Brüsseler Bürokraten und pro-

**Experten sind der Auffassung, dass Klaus schon aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Legitimation für sein Vorgehen besitzt, das sich gegen Parlament und Senat stellt.**

Brüsseler Politiker“ halte, die „gegen die Bürger Europas gerichtet“ sei.<sup>21</sup> Experten sind gleichwohl der Auffassung, dass Klaus schon aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Legitimation für sein Vorgehen besitzt, das sich gegen Parlament und Senat stellt. Einige Experten befürchten zudem, dass Klaus dem Ansehen

Tschechiens im Ausland dauerhaft schaden könnte, da das Land schon jetzt als euroskeptisch wahrgenommen wird, was maßgeblich auf Klaus' Kommentaren fußt, die regelmäßig für Empörung im Ausland sorgen.

Ist es das Ziel des Staatsoberhauptes, zu erreichen, dass die Nation vom weiteren EU-Integrationsprozess ausgeklammert bleibt? Die Wahrscheinlichkeit für dieses Szenario nimmt zu, solange Klaus sich gegen die Ratifikation des Lissabonner Vertrages stellt. Der Politikwissenschaftler Dr. Vladimír Handl vom Institut für Internationale Beziehungen kommentiert hierzu: „Klaus sieht sich in der Rolle des weißen, unabhängigen Ritters, der als einziger in der Lage ist, die tschechische Souveränität vor dem Unwesen EU zu verteidigen.“<sup>22</sup>

21 | Právo, 27.06.2009.

22 | Interview der Verfasser mit Vladimír Handl, Research Fellow am IIB, Prag, am 04.08.2009.

## **BEWERTUNG DER TSCHECHISCHEN RATS-PRÄSIDENTSCHAFT 2009**

Erst mit seiner EU-Ratspräsidentschaft musste Tschechien eigene Zielvorstellungen präsentieren und beweisen, dass es die institutionellen Kapazitäten entwickelt hatte, die notwendig waren, um an der Spitze einer Gemeinschaft mit 27 Mitgliedstaaten zu stehen. Umso überraschter zeigte sich die Öffentlichkeit, als die Opposition im Frühjahr das fünfte Misstrauensvotum gegen die Regierung ansetzte und dank Abweichlern aus den Reihen der ODS und der Grünen das Kabinett stürzte. Kurz vor den wichtigsten Gipfeln der Ratspräsidentschaft und nur wenige Tage vor dem Besuch Barack Obamas in Prag befand sich Tschechien plötzlich ohne Regierung; ein Desaster, nicht nur für Tschechien, sondern auch für die Europäische Union.

War diese Entwicklung vermeidbar? Hätten die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über einen „Burgfrieden“ während der Ratspräsidentschaft doch erfolgreich sein können? Es ist außer Frage, dass eine Opposition in der Pflicht ist, die Mehrheitsfähigkeit der Regierung kritisch zu hinterfragen und zu kontrollieren. Dennoch: Die Vorgänge im Umfeld des Misstrauensvotums hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Die innenpolitische Machtfrage wurde ohne Wahrnehmung der Folgen für die europäischen Partner, ohne Verständnis für die Wichtigkeit der Gespräche während Obamas erster Europareise und ohne Weitblick auf die potenziellen Verstimmungen gegenüber Tschechien innerhalb der EU entschieden. Dies rückte die tschechische Ratspräsidentschaft in kein gutes Licht.

**Die innenpolitische Machtfrage wurde ohne Wahrnehmung der Folgen für die europäischen Partner, ohne Verständnis für die Wichtigkeit der Gespräche während Obamas erster Europareise und ohne Weitblick auf die potenziellen Verstimmungen gegenüber Tschechien innerhalb der EU entschieden. Dies rückte die tschechische Ratspräsidentschaft in kein gutes Licht.**

Somit können zwei Dinge festgehalten werden: Einerseits ist die europäische Dimension innenpolitischer Entscheidungen für die tschechischen Parteien ein untergeordneter Aspekt. Andererseits zeigt sich deutlich, dass Staatspräsident Václav Klaus im Hintergrund immer noch die Fäden in der Hand hält. Zwar ist umstritten, inwieweit Klaus selbst Einfluss auf die abtrünnigen Parlamentarier ausübte. Seine Unzufriedenheit mit Mirek Topolánek, dem Nachfolger an der Spitze „seiner“ Partei, und der von ihm geführten Regierung, ist dagegen allgemein bekannt.

In der Folge stand Tschechien plötzlich vor dem Scherbenhaufen eines bis dahin recht erfolgreichen Ratsvorsitzes. Ein Großteil der Parlamentarier nahm diese Veränderung jedoch gar nicht wahr. Klaus unterstützte dies mit folgender Aussage: „Die Ratspräsidentschaft kleinerer Staaten spielt in der EU nur eine formelle Rolle.“<sup>23</sup> Dass die Tschechische Ratspräsidentschaft in der Folge im Ausland nicht ernst genommen wurde, andere Staaten oftmals nur niedrigrangige oder gar keine Regierungsvertreter zu Sitzungen schickten, wurde von anderen Politikern Tschechiens kaum thematisiert.

Die tschechischen Bürger hingegen bezeichneten den Vorfall als katastrophal und mussten enttäuscht erkennen, dass sich die tschechischen Eliten mehr um den eigenen Machterhalt kümmerten als um den internationalen Ruf des Landes.<sup>24</sup> Dies blieb jedoch nicht ohne Konsequenzen: In den Prognosen für die Europawahlen 2009 hatte die ČSSD noch deutlich vor der ODS gelegen. Nach dem Regierungssturz bekam sie in den EP-Wahlen nur noch 22,4 Prozent der Stimmen und musste erhebliche Einbrüche in der Wählergunst hinnehmen. Die ODS wurde mit 31,4 Prozent stärkste Kraft (die Kommunisten erhielten 14,3 Prozent und die Christdemokraten 7,7 Prozent).<sup>25</sup>

Diese Entwicklung ist interessant, zeigt sie doch, dass die Ratspräsidentschaft im eigenen Land doch zu einem gesteigerten Interesse der Bevölkerung an EU-Fragen führte. Ein Großteil der Bevölkerung erkannte die Notwendigkeit, europäische Prozesse stärker als noch bisher voranzutreiben.<sup>26</sup> Gerade die Verantwortlichen der ODS und Mirek Topolánek lernten während der Ratspräsidentschaft ihren eigenen Entscheidungs- und Verhandlungsspielraum innerhalb der EU besser auszunutzen.<sup>27</sup> Bis zu ihrem Sturz musste sich die Re-

23 | Euroskop, Klausův vliv na české předsednictví, in: *Euroskop Online*, 9.12.2008. <http://www.euroskop.cz/38/9795/clanek/klausuv-vliv-na-ceske-predsednictvi/>

24 | Vgl. Interview der Verfasser mit Steffen Neumann, Freier Journalist und Vorstandsmitglied von N-Ost, dem europäischen Netzwerk für Osteuropaberichterstattung, am 11.08.2009.

25 | Vgl. Radio Prag, 08.06.2009. <http://www.radio.cz/de/nachrichten/117099#1>

26 | Vgl. Interview der Verfasser mit Steffen Neumann, Freier Journalist und Vorstandsmitglied von N-Ost, dem europäischen Netzwerk für Osteuropaberichterstattung, am 11.08.2009.

27 | Vgl. Interview der Verfasser mit Alena Falathová, Projektmanagerin beim Think-and-Action-Tank Europäische Werte, am 30.07.2009.



gierung mit komplexen Themen wie der russisch-ukrainischen Gas-Krise, dem Gaza-Konflikt und dem Beginn der Finanzkrise auseinandersetzen. In Anbetracht der Tatsache, dass Tschechien als ehemaliges Ostblock-Land und junges Mitglied der EU keine Erfahrung für diese anspruchsvolle Aufgabe hatte und unklar war, ob der Lissabonner Vertrag in Kraft treten würde, konnte die Regierung unter Topolánek die ersten drei Monate erfolgreich meistern. Auch unter seinem Nachfolger, dem Übergangs-Premier Jan Fischer, sei es insgesamt „gut gelaufen“, stellt Pátek fest.<sup>28</sup> Im Gegenzug hierzu lässt der Sturz der Regierung Zweifel an Tschechiens europapolitischer Reife aufkommen. Es stellt sich die Frage, wann – wenn nicht während der eigenen Ratspräsidentschaft – die EU von den politischen Eliten als wichtiges Thema nationaler Politik wahrgenommen wird. Jan Pátek, Präsidiumsmitglied der Europäischen Akademie Prag, meint dazu: „Die EU ist in Tschechien generell kein wichtiges Thema und sowohl die Mehrheit der Politiker als auch die Bürger haben fünf Jahre nach dem Beitritt nur ein geringes Wissen über europäische Mechanismen oder Institutionen. Deshalb wurde auch der Sturz der Regierung während der Ratspräsidentschaft nicht als problematisch wahrgenommen. Es herrscht noch keine ausgeprägte Solidarität mit der EU.“<sup>29</sup>

**Es stellt sich die Frage, wann – wenn nicht während der eigenen Ratspräsidentschaft – die EU von den politischen Eliten als wichtiges Thema nationaler Politik wahrgenommen wird.**

## **FAZIT UND AUSBLICK – TSCHECHIENS VERHÄLTNIS ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION**

Rückblickend ist von der tschechischen Euphorie nach 1989 nicht viel übrig geblieben. Die politische Elite musste im Laufe der Zeit feststellen, dass der Beitritt zur Europäischen Union mehr bedeutet als ein bloßes Bekenntnis zu Europa und nicht alles derart einfach sein konnte, wie viele es in ihrem anfänglichen Idealismus erhofft und erwartet hatten. Die Zweifel und Sorgen im Beitrittsprozess führten zwar nicht zu abnehmenden Integrationsbemühungen, versetzten dem europäischen Ideal aber einen herben Schlag und endeten in der Desillusionierung im Hinblick vieler Tschechen gegenüber der EU. Aus diesem

**Die Zweifel und Sorgen im Beitrittsprozess führten zwar nicht zu abnehmenden Integrationsbemühungen, versetzten dem europäischen Ideal aber einen herben Schlag und endeten in der Desillusionierung im Hinblick vieler Tschechen gegenüber der EU.**

28 | Vgl. Interview der Verfasser mit Jan Pátek, Präsidiumsmitglied der Europäischen Akademie Prag, am 05.08.2009.

29 | Ebd.

Grund wehrten sich viele Bürger gegen die uneingeschränkte Annahme supranationaler Elemente und reagierten mit heftiger Kritik gegen diese „Maßnahmen aus Brüssel“. Gerade diese Tatsache wird von Experten kritisiert: „Während man mit der Umsetzung des *acquis* zwar eine enorme Transformationsarbeit leistete, blieb der öffentliche Diskussionsprozess weitgehend aus. Es wurde nicht erklärt, warum es gut war, dass die Tschechische Republik der EU beiträt.“<sup>30</sup> Anstatt der Bevölkerung die Notwendigkeit eigener Opfer zu verdeutlichen (die im Rahmen der Reform Tschechiens zur Marktwirtschaft, zur Demokratie und zu einem stabilen Rechtsstaat ohnehin hätten erfolgen müssen), um Teil einer starken Gemeinschaft zu werden, betrieben vor allem Teile der ODS und Václav Klaus eine vehemente Europakritik, die den Anschein erweckte, es sei möglich, die Vorteile der eigenen Integration zu genießen, ohne dabei die vermeintlichen Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Spätestens seit ihrem EU-Beitritt mussten die Tschechen erkennen, dass dies nicht möglich war. Dies führte bei einem Teil der Bevölkerung zu einer gewissen EU-Skepsis, zumal man nicht wusste, wie sich der Beitritt auf Gesellschaft und Wirtschaft und damit auf die persönliche Situation auswirken würde. Kurz vor dem Beitritt zur EU hatte sich in der Bevölkerung ein gewisses Verständnis für diesen Schritt durchgesetzt.<sup>31</sup> Trotz aller Skepsis, welche die Tschechen traditionell an den Tag legen, wussten alle Beteiligten, dass es keine andere Option gab, als der Europäischen Union zusammen mit den anderen Kandidaten beizutreten. Die Phase der Idealisierung und uneingeschränkte Zustimmung war jedoch eindeutig vorbei. In den fünfzehn Jahren des Beitrittsprozesses hatte sich ein nüchternes und pragmatisches Verhältnis zur EU entwickelt, das einer

**Solange Tschechien von Geldern der EU, ausländischen Direktinvestitionen und vom europäischen Binnenmarkt profitierte, waren die Tschechen bereit, über gewisse potentielle Nachteile hinwegzusehen.**

einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung ähnelte. Solange Tschechien von Geldern der EU, ausländischen Direktinvestitionen und vom europäischen Binnenmarkt profitierte, waren die Tschechen bereit, über gewisse potenzielle Nachteile hinwegzusehen. Natürlich wollten die

Bürger auch von der Reisefreiheit, dem europäischen Wohlstand und einer allgemeinen Sicherheitslage profitieren. Diese Vorteile überwogen letztendlich in der Einschätzung der

30 | Interview der Verfasser mit Václav Lébeda, Programmdirektor beim Think-and-Action-Tank Europäische Werte, am 06.08.2009.

31 | Vgl. Interview der Verfasser mit Vladimír Handl, Research Fellow am IIB, Prag, am 4.08.2009.

Bevölkerung und führten im Juni 2003 zu einem positiven Ausgang des tschechischen Referendums.

Das Wissen der Tschechen über die EU und ihre Mechanismen ist im Land aber auch fünf Jahre nach dem Beitritt noch verbesserungsfähig. Dies erklärt, warum alte Ängste und Vorurteile noch immer zur Sprache kommen, wenn es um die zukünftige Rolle der EU geht. Andererseits fordert auch niemand ernsthaft einen Austritt, auch wenn Teile der Elite sich ein anderes Modell der Integration wünschen. Weder in der tschechischen Bevölkerung noch innerhalb der Parteien herrscht ein Konsens über die Frage eines gemeinsamen Europa-Leitbildes. Vielmehr vertreten verschiedene Akteure unterschiedliche Ansätze, die allerdings nicht derart konkret sind, dass man von Strategien in Bezug auf die Zielrichtung der Europäischen Union sprechen kann. Selbst die EU-Befürworter sprechen dies nicht in der Öffentlichkeit aus, da es ihnen keine großen Vorteile bringt. Allzu oft überwiegen einfache Botschaften, die auf die Sorgen der Bevölkerung anspielen, um Stimmengewinne zu erzielen. Hierzu gehören der Verlust nationaler Souveränität, die Angst vor deutschen Ansprüchen auf Entschädigung mit Hilfe des Lissabonner Vertrags und die Sorge vor einer Mitgliedschaft 2. Klasse.

Hierbei sollte nicht vergessen werden, dass Tschechien wirtschaftlich enorm vom EU-Beitritt profitiert hat. Das Vertrauen ausländischer Investoren und Unternehmer ist durch die stabilen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen spürbar gestiegen, was sich durch steigende ausländische Investitionen, Kooperationen und Absatzgeschäfte bemerkbar macht. So ist Tschechiens Außenhandelsvolumen von 83,8 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 194,9 Milliarden Euro im Jahr 2008 um mehr als das Doppelte gestiegen und auch die Exporte haben sich verdoppelt. Dabei werden über 30 Prozent des Außenhandels mit Deutschland und 65 Prozent mit der Eurozone abgewickelt.<sup>32</sup> Dies ist auch den Europäischen Programmen zu verdanken, die zu Beginn des Transformationsprozesses finanzielle und technische Unterstützung zur Verfügung stellten.

32 | Vgl. Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer, *Wirtschaft Tschechien 2002 bis 2008*. [http://tschechien.ahk.de/fileadmin/user\\_upload/Wirtschaftsdaten/Statistiken\\_CZ\\_2002-08\\_17-04-2009.pdf](http://tschechien.ahk.de/fileadmin/user_upload/Wirtschaftsdaten/Statistiken_CZ_2002-08_17-04-2009.pdf)

**Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft hat durchaus ein positives Bild der EU gefördert. Laut aktuellen Umfragen weiß eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Tschechen die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu schätzen.**

Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft wiederum hat durchaus ein positives Bild der EU gefördert. Laut aktuellen Umfragen weiß eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Tschechen die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu schätzen.<sup>33</sup> Gerade junge Tschechen profitieren von der Reisefreiheit und zahlreichen Austauschprojekten.

„Dank ERASMUS und all dieser Programme hat man viele Freunde im Ausland und sieht: Die Deutschen sind wie wir“, berichtet Alena Falathová, die ihr Masterstudium „European Studies“ zur Zeit in Bonn absolviert. Sie betont: „Ich würde schon sagen, dass vor allem junge Tschechen durchaus europäisch sind. Sie wollen sich engagieren, etwas verändern, sind idealistisch – immer noch – und sehen die Probleme, die wir haben. Václav Havel hat gesagt, es wird zwei Generationen dauern, bis wir den Stand der westlichen Demokratien erreicht haben.“<sup>34</sup>

Es gilt also abzuwarten, inwieweit Tschechiens politische Elite in Zukunft die Chancen wahrnehmen wird, die sich dem Land als „Größtem der Kleinen“ im Rahmen der EU eröffnen. Im Folgenden sind fünf Möglichkeiten besonders hervorzuheben.

1. Tschechien kann sich auf EU-Ebene mit eigenen Vorschlägen und Initiativen einbringen und mit neuen Ideen und Vorschlägen vorangehen, anstatt nur auf die Vorschläge anderer EU-Mitgliedsländer zu reagieren. Allerdings entsteht der Eindruck, die tschechische Führung würde lieber abwarten und im Nachhinein kritisieren, als selbstbewusst eigene Lösungsansätze zu präsentieren. In schwierigen

**Tschechien sollte nicht vergessen, dass ein mutiger und entschlossen vorgebrachter Vorschlag, die Unterstützung der anderen Mitgliedsländer frei setzen kann, um im späteren Entscheidungsprozess möglicherweise als gute Kompromissgrundlage herangezogen zu werden.**

Fragen ist dieses Verhalten durchaus nachvollziehbar. Allerdings sollte Tschechien nicht vergessen, dass ein mutiger und entschlossen vorgebrachter Vorschlag die Unterstützung der anderen Mitgliedsländer frei setzen kann, um im späteren Entscheidungsprozess möglicherweise als gute Kompromissgrundlage herangezogen zu werden. Dies ist vor allem dann der

33 | Vgl. *Česke noviny*, 02.09.2009. <http://www.ceskenoviny.cz/news/zpravy/czechs-view-eu-entry-as-advantage-want-euro-poll/395778>

34 | Interview der Verfasser mit Alena Falathová, Projektmanagerin beim Think-and-Action-Tank Europäische Werte, am 30.07.2009.

Fall, wenn sich die „Großen“ in der EU in wichtigen Fragen nicht einig sind. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft hat Tschechien gezeigt, dass es zu einer eigenen Agenda fähig ist und eine Rolle in der EU spielen kann. Gerade im energiepolitischen Konflikt zwischen Russland und der EU ist und war Tschechien maßgeblicher Vermittler. Auch in der Gaza-Krise ist die tschechische Regierung als umsichtiger Schlichter in Erscheinung getreten. Dies sollte die politische Elite zum Anlass und als Ansporn nehmen, auch in Zukunft bei anderen Themen eigene Vorschläge einzubringen und den europäischen Prozess aktiv mitzugestalten.

2. Eine weitere Devise zukünftiger tschechischer Europapolitik sollte es sein, themenbezogen auf Partnersuche zu gehen, anstatt sich ausschließlich mit Grundsatzdebatten aufzuhalten. Wenn der Vertrag von Lissabon in allen Mitgliedstaaten und schließlich auch in Tschechien ratifiziert wird, gilt es, sich wieder mit inhaltlichen Fragen auseinanderzusetzen. Tschechiens Politiker sollten Prioritäten im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen formulieren und versuchen, diese auf europäischer Ebene mit Hilfe von Verbündeten durchzusetzen. Aber auch auf nationaler Ebene muss es darum gehen, die konkreten Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu nutzen, anstatt sich über Grundsatzfragen zu streiten und theoretische Diskurse zu führen. Tschechien kann von EU-Geldern in verschiedensten Formen profitieren, wenn diese Gelder nur korrekt und rechtzeitig beantragt werden. Dies gelang in der Vergangenheit nicht immer in zufrieden stellendem Maße. Leidtragende sind dann die Bürger, die wiederum aufgrund ausbleibender „Erfolge Tschechiens in der EU“ anfälliger für Populismus werden. Auch hier gilt es für die Politik und Verwaltung, die eigenen Mitspracherechte besser auszunutzen und vorsichtiger im Umgang mit Pauschalurteilen gegenüber Brüssel zu sein.
  
3. Der zukunftsorientierte Austausch mit den Nachbarstaaten Deutschland, Österreich, Polen und der Slowakei (nicht nur in Wirtschaftsfragen) wird von allergrößter Wichtigkeit für Tschechien sein, wenn es darum geht, auf europäischer Ebene für die Unterstützung der eigenen Ideen zu werben. Dabei sollte sich Tschechien unvoreingenommen die Frage stellen, welche möglichen Kooperationspartner „im gleichen Boot“ sitzen und welche Politikfelder sich für supranationale Positionen eignen. Schon jetzt gibt es viel-

fältige Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftspolitik, die zeigen, wie sehr Tschechien von Kooperationen mit den Nachbarstaaten profitiert hat. Die Marke Škoda gilt als erfolgreiches Beispiel für eine deutsch-tschechische Koopera-

**Eine Intensivierung der Kooperationen sollte sich nicht nur auf den wirtschaftlichen Sektor beschränken, sondern auch in Bereichen wie beispielsweise Bildung, Forschung oder Umwelt(politik) entwickelt werden.**

tion, die nur durch gemeinsame Ziele und Strategien verwirklicht werden konnte. Eine Intensivierung der Kooperationen sollte sich allerdings nicht nur auf den wirtschaftlichen Sektor beschränken, sondern auch in Bereichen wie beispielsweise Bildung, Forschung oder Umwelt(politik) entwickelt werden. Diese Kooperationen könnten dann die Grundlage für gemeinsame Positionen in der EU bilden.

4. Die innenpolitischen Zustände Tschechiens sollten mit Weitblick für innere und äußere Folgen stabilisiert werden, um Blockaden im politischen Prozess zu verhindern. Verbesserungswürdig ist beispielsweise das Wahlsystem, das immer wieder zu denkbar knappen Mehrheiten führt (zuletzt 100 zu 100 Mandate) und eine Regierungsbildung erschwert. Gerade die letzten Monate der EU-Ratspräsidentschaft, die von innenpolitischen Schwierigkeiten geprägt waren, haben dies verdeutlicht. Die aktuelle verfassungsrechtliche Debatte um die vorgezogenen Neuwahlen zeigt zudem, dass in Fragen der Verfassung die Zuständigkeiten der verschiedenen Organe teilweise unklar festgelegt sind und hier noch Nachholbedarf besteht. Vor allem sollte der zunehmenden Politikverdrossenheit der Bürger entgegen gewirkt werden, um das politische Interesse nicht weiter schwinden zu lassen. Schon jetzt zeigen Umfragen, dass nur noch 22 Prozent der Tschechen ihren Parlamentariern vertrauen.<sup>35</sup> Dies ist besorgniserregend und bietet vor allem Populisten zunehmend die Möglichkeit, die

**Eine erhöhte Professionalität und mehr Umsicht in der tschechischen Politik sowie die Bekämpfung der in diesem Zusammenhang weit verbreiteten Korruption auf allen Ebenen ist notwendig, um dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in politische Institutionen zurückkehrt.**

öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Eine erhöhte Professionalität und mehr Umsicht in der tschechischen Politik sowie die Bekämpfung der in diesem Zusammenhang weit verbreiteten Korruption auf allen Ebenen ist notwendig, um dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in politische Institutionen zurückkehrt und somit auch Themen wie Europapoliti-

35 | Vgl. Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung (CCVM): Umfrage August, in: *Aktuálně.cz* <http://aktualne.centrum.cz/domaci/spolecnost/clanek.phpml?id=646151>

tik wieder differenziert und objektiv diskutiert werden können.

5. Die Berichterstattung über die EU sollte ebenfalls intensiviert und objektiver gestaltet werden. Dies ist immer noch nicht ausreichend geschehen und sollte in Zukunft eine höhere Priorität besitzen. Letztendlich geht der Weg aber offensichtlich in die andere Richtung: Anstatt die während der Ratspräsidentschaft entstandene Neugier der Öffentlichkeit weiter zu füttern, hat die Regierung die „Euro-Zentren“ in den meisten Regionen geschlossen. Diese hatten lange Jahre über europäische Themen informiert und gerade die Zielgruppen Jugend und Studenten angesprochen, die nun von guter und breiter Information an ihren Bildungsstätten ausgeschlossen werden. Für die Politik grenzt das an ein Armutszeugnis.
  
6. Schließlich sollte Tschechien den Mut haben, den lang erarbeiteten Ruf und Wiedererkennungswert, den tschechische Vertreter unter der Führung des ehemaligen Staatspräsidenten Václav Hável im Bereich der Menschenrechte erworben haben, auch in Bereichen der europäischen Politik auszubauen. Es gibt zahlreiche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit dem Thema Menschenrechte beschäftigen. Beispiele sind Organisationen wie „People in Need“, die sich mit der Situation der Menschenrechte in Kuba auseinandersetzen. Diese Arbeit sollte gefördert und von der Regierung genutzt werden, wenn es darum geht, gemeinsame europäische Positionen zu Menschenrechtsfragen zu finden und innovative Vorschläge zu erarbeiten.

Falls Tschechiens Politiker die sich ergebenden Chancen verstärkt nutzen, wird man Tschechien innerhalb der EU auch als konstruktiven und verlässlichen Partner begreifen, dessen Stimme gehört werden muss. Dann wird der lang gehegte Wunsch „Zurück nach Europa“ sich vielleicht endgültig in die Feststellung „Angekommen in Europa“ umwandeln.

Für wertvolle Anregungen danken die Verfasser:

Dr. Mats Braun, Research Fellow am Institut für Internationale Beziehungen Prag

Alena Falathová, Projektmanagerin beim Think-Tank Europäische Werte

Dr. Vladimír Handl, Research Fellow am Institut für Internationale Beziehungen Prag

Dr. Petr Kaniok, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Europäische Studien der Masaryk Universität Brunn

Jiří Kozák, Direktor der liberal-konservativen Akademie CEVRO

Václav Lébeda, Programmdirektor beim Think-Tank Europäische Werte

Steffen Neumann, Freier Journalist und Vorstandsmitglied von N-Ost, dem europäischen Netzwerk für Osteuropaberichterstattung

Jan Pátek, Präsidiumsmitglied der Europäischen Akademie Prag

Gerald Schubert, Chefredakteur bei Radio Prag, dem Auslandssender des tschechischen Rundfunks

Robert Schuster, Chefredakteur der tschechischen Monatszeitschrift *Internationale Beziehungen*, Institut für Internationale Beziehungen Prag

Das Manuskript wurde am 20. September 2009 abgeschlossen.